

Dokumentation

Berichtszeitraum
Februar – März 2005

Außenpolitik

Karsten Giese

1 EU unter Druck: Vorerst keine Aufhebung des Waffenembargos

Sah es zunächst so aus, als würde die Europäische Union auch nach der Verabschiedung des chinesischen Antisезessionsgesetzes an den insbesondere von Deutschland und Frankreich unterstützten Plänen für eine baldige Aufhebung des 1989 verhängten Waffenembargos gegen die Volksrepublik festhalten, so ist davon inzwischen nicht mehr die Rede. Noch während des EU-Gipfeltreffens im März erklärte Javier Solana Reportern gegenüber, man arbeite darauf hin, „to end a situation that we think is unfair to maintain sanctions against China so many years after“ (WSJ, 23.3.05).

Kritiker des Vorhabens, das Waffenembargo gegen China aufzuheben, beriefen sich im März vor allem auf das Antisезessionsgesetz und die Menschenrechtslage in dem Land. Diese Argumente wurden vor allem von EU-Mitgliedsstaaten ins Feld geführt, die in der Frage ohnehin eine skeptische Haltung einnehmen. Der britische Außenminister Jack Straw äußerte beispielsweise die Ansicht, das gegen Unabhängigkeitsbe-

strebungen Taiwans gerichtete Gesetz verkompliziere die Lage, sodass eine Aufhebung des Embargos derzeit nicht angezeigt erscheine. Hinter dieser Einschätzung dürfte allerdings mehr der seitens der USA auf die europäischen Länder in dieser Frage ausgeübte Druck als eine tatsächlich eingetretene Veränderung der Lage stehen. Schließlich war der Europäischen Union seit längerer Zeit bekannt, dass Beijing ein solches Gesetz plante. Auch die Frage der Menschenrechte, deren Diskussion nun wieder stark aufgeflammt ist, erscheint im Zusammenhang mit dem Embargo wenig stichhaltig. Hatte die EU doch ein ähnliches Embargo gegen Libyen aufgehoben, obwohl auch dort erhebliche Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte herrschen. Allerdings war man in Europa wohl überrascht von der Vehemenz der politischen Gegnerschaft gegen eine Aufhebung des Waffenembargos, wie sie sowohl seitens der Regierung Bush als auch durch eine mit 411 zu 3 Stimmen verabschiedete Resolution des amerikanischen Kongresses gegen eine Aufhebung des Embargos zum Ausdruck kam. Die USA fürchten eine Verschiebung im Kräfteverhältnis in der Region durch europäische Waffenexporte.

Liu Jianchao, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, sprach im Zusammenhang mit den neuen Einwänden gegen die Beendigung des Embargos gegen sein Land denn auch offen von politischer Diskriminierung und dem Versuch eines Containments seitens der USA. Das Embargo sei ein entscheidender Störfaktor im Verhältnis Chinas zu Europa. Obwohl sowohl der deutsche Bundeskanzler – gegen den Widerstand in der eigenen Partei und seitens des Koalitionspartners – als auch der französische Präsident deshalb an der baldigen Aufhebung des EU-Embargos festhalten wollen, dürfte dieser Schritt bis auf weiteres kaum vollzogen werden. Ferner ist nunmehr geplant, an die Stelle des Embargos einen – letztlich jedoch wohl nicht vollständig bindenden – Verhaltenskodex für Waffenlieferungen an China und andere Länder treten zu lassen. Die USA hatten gar ein „Frühwarnsystem“ gefordert, in

dessen Rahmen alle geplanten Rüstungsexporte nach China einer vorherigen Meldung und der Abstimmung mit den Vereinigten Staaten bedürften. Europäische Diplomaten zeigten sich hierüber mehrheitlich befremdet, schließlich sei es nicht zu rechtfertigen, warum ein souveräner Staat die Erlaubnis der USA einholen sollte. Auch ein Wiederaufleben der ehemaligen Cocom-Liste und des im Kalten Krieg damit verbundenen Vetorechts der Vereinigten Staaten gegen Technologieexporte wird es nicht geben. Gezeigt hat sich nach Ansicht von EU-Repräsentanten jedoch deutlich, dass zukünftig ein engerer politischer Dialog über die Politik gegenüber China notwendig ist. Es scheint somit wahrscheinlich, dass die Aufhebung des Embargos wohl auf sich warten lassen wird, bis die Frage des europäischen Verhaltenskodex geklärt ist und ein zukünftiger intensiverer politischer Dialog mit den USA zumindest in groben Konturen erkennbar wird. (WSJ, 23.3., 24.3.05; IHT, 23.3., 25.3.05; ST, 23.3., 24.3.05; FAZ, 18.3.05; NZZ, 24.3.05)

2 Chinesische Kritik an neuen Zielen der Allianz zwischen den USA und Japan

Angesichts der stetig wachsenden militärischen Stärke der Volksrepublik China, weiter bestehender Spannungen in der Taiwan-Straße und Nordkoreas Atomprogramm haben Japan und die Vereinigten Staaten im Februar beschlossen, die Ziele ihrer Sicherheitsallianz neu zu formulieren und das bilaterale Bündnis damit in wesentlichen Teilen zu stärken. In den internationalen Medien wurde vor allem der Hinweis auf die Spannungen in der Taiwan-Straße hervorgehoben. Die amerikanische Regierung betont wie die japanische eine „Ein-China-Politik“, ist jedoch bereit, im Falle eines militärischen Angriffs der Volksrepublik die Unabhängigkeit Taiwans zu verteidigen. Japan, so wird spekuliert, muss sich im Falle eines Konflikts nun auf die Seite der USA stellen.

Bereits 1996 war die Verteidigungsallianz zwischen Japan und den USA aufgewertet worden. Damals

hatte Japan das Operationsgebiet seiner Selbstverteidigungsstreitkräfte erheblich ausgedehnt, es aber tunlichst vermieden, die japanischen Aufgaben und Verantwortlichkeiten innerhalb des Bündnisses sowie die geographischen Einsatzgrenzen der eigenen Streitkräfte genau zu definieren. Mit der jüngsten Aussage zu Taiwan ist davon auszugehen, dass Japan in einen Konflikt um Taiwan auf Seiten der USA aktiv involviert werden könnte. Das chinesische Außenministerium verurteilte die diesbezügliche japanisch-amerikanische Erklärung denn auch als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China. Man hoffe, dass sich die beiden Partner dieses bilateralen Bündnisses auch in Zukunft nicht dazu verleiten lassen werden, ihre Aktivitäten über diesen rein bilateralen Charakter hinaus auszudehnen.

Alle vier auf amerikanischer und japanischer Seite beteiligten Minister – Condoleezza Rice und Donald Rumsfeld sowie Nobutaka Machimura und Yoshinori Ôno – beeilten sich entsprechend zu erklären, man wolle eine kooperative Partnerschaft mit der Volksrepublik entwickeln, damit Beijing sowohl regional als auch global eine verantwortungsvolle Rolle spielen könne. Man müsse die militärische Entwicklung Chinas jedoch genau beobachten, sagte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der in anderem Zusammenhang auch bereits vor einem militärischen Erstarren Chinas und damit einer Bedrohung der Position der USA in der Region gewarnt hatte. (*Asahi Shinbun*, 21.2.05; *Daily Yomiuri* online, 22.5.05; *Kyodo news service*, 20.2.05, nach BBC PF, 21.2.05; *Kyodo news service*, 27.2.05, nach BBC PF, 28.2.05; ST, 21.2., 10.3.05; *Xinhua*, 20.2.05, nach BBC PF, 21.2.05)

3 Verhandlungen mit Nordkorea vorerst beendet

Am 10. Februar 2005 erklärte Nordkorea seinen Rückzug aus den multilateralen Verhandlungen und gab zugleich bekannt, es verfüge über

Atomwaffen zur Selbstverteidigung im Falle eines amerikanischen Angriffs. Die chinesische Regierung reagierte langsam. Noch Tage später hieß es aus dem Außenministerium lediglich, man prüfe die Situation und rufe alle Beteiligten zu Geduld und Ernsthaftigkeit auf.

Die Aufkündigung der Gespräche, insbesondere aber letztere Nachricht, dürfte für Beijing dennoch keineswegs völlig überraschend gekommen sein. Glaubt man Berichten der *International Herald Tribune* (10.2.05), so hatte bereits eine Woche zuvor ein Gesandter des amerikanischen Präsidenten der chinesischen Regierung hieb- und stichfeste Beweise für das nordkoreanische Nuklearwaffenprogramm sowie für den Verkauf spaltbaren Materials an Libyen vorgelegt. Hu Jintao habe sich überrascht gezeigt, zugesagt, seinerseits Gesandte nach Nordkorea zu entsenden, zugleich aber der Regierung Bush geraten, von neuen öffentlichen Anklagen an die Adresse Nordkoreas abzusehen.

Es folgte eine kurze Phase intensiver Reisediplomatie zwischen Washington und Beijing sowie zwischen der chinesischen Hauptstadt und Pyonyang. Der chinesische Außenminister Li Zhaoxing und seine amerikanische Amtskollegin waren telefonisch darin übereingekommen, dass Beijing sein diplomatisches Gewicht ausspielen solle, um Nordkorea zurück an den Verhandlungstisch zu holen. Der Einfluss Chinas blieb jedoch beschränkt. Zwar reiste eine hochrangige chinesische Delegation in das Nachbarland, und auch der nordkoreanische Premier Pak Pong Ju besuchte im März China.

Wen Jiabao und Hu Jintao bemühten sich dem Vernehmen nach, Pak zu einer Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen zu bewegen. Dieser wiederum lies durchblicken, sein Land könnte sich durchaus vorstellen, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Die Bedingungen dafür müssten allerdings gegeben sein, was in erster Linie in der Macht der USA läge. Dem chinesischen Außenministe-

rium zufolge forderte Pak von den Vereinigten Staaten ein Ende ihrer feindlichen Politik gegenüber seinem Land sowie eine offizielle Entschuldigung dafür, dass die USA Nordkorea als Außenposten der Tyrannie betitelt hatten. Auf absehbare Zeit ist daher kaum mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zu rechnen, da man sich auch in China offensichtlich unsicher ist, ob ein erhöhter politischer Druck auf Nordkorea sich nicht kontraproduktiv auswirken könnte und auch keine anderweitigen Anreize bestehen, solange die USA auf ihrer unflexiblen Haltung beharren. (WSJ, 13.2., 14.2., 18.2., 23.3.05; IHT, 10.2., 19.2.05)

4 Vertiefung der strategischen Kooperation mit Russland nicht ohne Stolpersteine

Staatsratsmitglied Tang Jiaxuan und der russische Präsident Putin erklärten Anfang Februar, China und Russland würden einen Mechanismus für regelmäßige Konsultationen im Sicherheitsbereich zwischen beiden Staaten einrichten. Tang zufolge wolle China diesen weiteren Schritt zur Vertiefung der strategischen Zusammenarbeit mit Russland unternehmen, weil beide Staaten sich in der Beurteilung der internationalen Lage im Allgemeinen sowie im Hinblick auf internationale und regionale Schlüsselfragen sehr nahe seien. Russland sei Chinas Hauptpartner für strategische Kooperation, so Tang.

Allerdings fehlt es nicht an Stolpersteinen, wie das Beispiel der ersten, bereits im Sommer vergangenen Jahres vereinbarten und im Dezember öffentlich angekündigten, gemeinsamen Militärmanöver beider Staaten zeigt (vgl. C.a., 12/2004, Ü 7). Zunächst auf den Zeitraum August/September festgelegt, wurde dieses Commonwealth 2005 genannte erste rein militärische Manöver chinesischer mit ausländischen Verbänden bereits auf Oktober 2005 verschoben. Den Hintergrund bilden russischen Quellen zufolge offensichtlich Unstimmigkeiten über

die Zielsetzung und die Dimension der geplanten Militärübungen.

Hieß es in Russland, es handle sich um beschränkte Manöver mit jeweils nur etwa 100 Beteiligten der Streitkräfte beider Länder, so scheint die chinesische hinter den Kulissen auf eine erhebliche Ausweitung der Übung gedrängt zu haben. Das ursprüngliche Vorhaben sollte ein gemeinsames Vorgehen gegen terroristische Kräfte, Drogenhändler oder andere transnational operierende Kriminelle simulieren. Dabei sollte es gelten, den Feind einzukreisen und zu eliminieren, wobei in beschränktem Umfang amphibische Landeinheiten, die Luftwaffe mit Fallschirmjägern sowie die Marine involviert sein sollten. Erklärtes Ziel ist demnach eine Koordination gemeinsamer Angriffskapazitäten, wenngleich man bemüht war zu betonen, es handle sich nicht um Übungen, die gegen eine dritte Partei gerichtet seien.

Glaubt man den auch in der westlichen Presse mehrfach zitierten Ausführungen der russischen Kommersant, so kam es in der Vorbereitung der Manöver von Anfang an zu Unstimmigkeiten aufgrund unterschiedlicher Zielvorstellungen. Wollte Beijing die gemeinsame Militärübung zunächst auf russischem Territorium abhalten lassen, sah der russische Gegenvorschlag Xinjiang vor – eine Region, die angesichts der Zielsetzung, das gemeinsame militärische Vorgehen gegen Terroristen zu üben, schlüssig erscheint. In Beijing stieß jedoch dieser Vorschlag nicht auf Gegenliebe, weshalb man dort Zhejiang als Austragungsort vorschlug. Da man in Russland im Hinblick auf die Nähe zu Taiwan jedoch den Eindruck vermeiden wollte, Russland probe gemeinsam mit China die Invasion Taiwans, einigte man sich schließlich auf Shandong. Damit nicht genug, war die chinesische Seite nach russischen Informationen auch bemüht, das Manöver selbst auszuweiten. Nach chinesischen Vorstellungen, auf die Russland zumindest teilweise einging, sollten an den Landeübungen auch große Kriegsschiffe der russischen Pazifikflotte und mindestens ein U-

Boot teilnehmen. Demnach dürfte, wenn das Manöver wie angekündigt im Oktober im Beisein hochrangiger Vertreter beider Staaten stattfindet, aus den ursprünglichen begrenzten Übungen zum gemeinsamen Kampf gegen terroristische oder kriminelle Gruppen umfangreiche Land- und Eroberungsmanöver werden. (Kommersant, 17.3.05, nach BBC PF, 18.3.05; SCMP, 1.2.05; WSJ, 2.2., 18.3.05; IHT, 19.3.05; Channel One TV, Moskau, 17.3.05, nach BBC PF, 18.3.05; Interfax-AVN, 4.3.05, nach BBC PF, 5.3.05; Interfax-AVN, 9.3.05, nach BBC PF, 10.3.05; RIA, 14.2.05, nach BBC PF, 15.2.05; Xinhua, 17.3.05, nach BBC PF, 18.3.05)

5 Offizieller Verteidigungshaushalt wächst um 12,6%

Zu Beginn der Sitzung des Nationalen Volkskongresses wurde bekannt gegeben, dass das Militärbudget für das Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 12,6% angehoben werden solle. Das offizielle Verteidigungsbudget der VR China wird damit insgesamt knapp 30 Mrd. US\$ betragen und damit nach chinesischen Aussagen im Vergleich zu anderen großen Staaten gering ausfallen. Gemessen an den offiziellen Zahlen ist diese Aussage nicht zu widerlegen. Der chinesische Militär-etat wird demnach in diesem Jahr nur etwa halb so hoch ausfallen wie die von Japan zur Landesverteidigung geplanten Ausgaben und bei weitem nicht das geplante Ausgabevolumen des US-Militärs in Höhe von 400 Mrd. US\$ erreichen.

Unter Berücksichtigung weiterer nicht offiziell ausgewiesener Etats beispielsweise für Waffenkäufe und die Modernisierung der Ausrüstung wird vielfach davon ausgegangen, dass der nach Truppenstärke größten Armee der Welt Finanzmittel zur Verfügung stehen, die nur in den Vereinigten Staaten und Russland übertroffen werden. Zweck der diesjährigen zweistelligen Erhöhung des offiziellen Rüstungsetats ist nach chinesischer Auskunft „to improve the defensive combat readiness and ability of the armed forces to respond to emergencies under hi-tech

conditions and safeguard national sovereignty and territorial integrity“ (XNA, 5.3.05). Mehr als zwei Drittel des offiziellen Verteidigungsetats werden jedoch von Aufwendungen für Personal und Unterhaltungskosten verschlungen, so Chen Zhou, Professor an der PLA Military Academy of Sciences.

Kritik an der Erhöhung des chinesischen Verteidigungshaushalts kam erwartungsgemäß aus dem Umfeld der Regierung Bush. Dahinter steht die offen ausgesprochene Furcht, die Modernisierung des chinesischen Militärwesens könne zu einer potenziellen Bedrohung für die Stellung der USA in Asien und zu einer Verschiebung des bisherigen Kräftegleichgewichts mit Taiwan führen. Kritik wurde daher seitens der USA auch gegenüber Taiwan laut. Die Kürzung der dortigen Verteidigungsaufwendungen stieß auf Unverständnis. (WSJ, 3.3., 4.3.05; IHT, 5.3.05; XNA, 5.3.05)

6 Ende japanischer Entwicklungshilfe an China absehbar

Anfang Februar teilte die japanische Regierung mit, sie plane China keine weiteren niedrig verzinsten Yen-Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe mehr zu gewähren. Diese Wende in der japanischen Politik solle durch eine schrittweise Reduzierung im Laufe mehrerer Jahre erfolgen und stelle keineswegs ein plötzliches Umschwenken dar. Bereits im Herbst 2000 war in Japan eine umfassende Revision der Entwicklungspolitik gegenüber China eingeleitet worden. Eine Arbeitsgruppe zur Beratung des Büros für wirtschaftliche Zusammenarbeit im japanischen Außenministerium hatte daraufhin schon im Dezember 2000 einen Bericht vorgelegt, der eine massive Abkehr von traditionellen Gepflogenheiten in der japanischen Entwicklungshilfe an China vorsah. Demnach sollte zukünftig weniger als bis dato die Förderung riesiger Infrastrukturprojekte im Mittelpunkt stehen, dafür aber vermehrt Wert auf die Stärkung marktwirtschaftli-

cher Prinzipien, den Schutz der Umwelt und die Bekämpfung der Armut gelegt werden. Diese Politik wurde inzwischen weitgehend umgesetzt. Aber auch eine langfristige Kürzung der staatlichen Entwicklungshilfeleistungen wurde schon zu diesem Zeitpunkt erstmals in Betracht gezogen.

Die japanische Regierung war offensichtlich schon damals der Meinung, dass eine besondere Behandlung Chinas nicht mehr vonnöten sei. Sie beschloss deshalb, ihre Entwicklungshilfe für die Volksrepublik künftig jedes Jahr neu zu bemessen und nicht mehr auf der Basis langfristiger Pläne zu gewähren. Diese Politik gilt auch als Konsequenz der seit 1992 gültigen Leitlinien für die japanische staatliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA), wonach sicherzustellen ist, dass Entwicklungshilfeleistungen nicht zum Bau von Massenvernichtungswaffen beitragen dürfen. Japan geht jedoch seit längerer Zeit davon aus, dass japanische ODA in die Modernisierung der chinesischen Armee geflossen ist. Angesichts einer bevorstehenden generellen Kürzung der japanischen ODA sollten somit auch die Leistungen an China gekürzt werden.

Nachdem die Leistungen im Jahr 2000 auf Dollar-Basis bereits gefallen waren, wurde der japanische Entwicklungsetat 2001 um insgesamt 10% gekürzt; die Entwicklungshilfe an China sank real auf nur noch 686 Mio. US\$. Insgesamt hatte sich in der japanischen Regierung die Meinung konsolidiert, dass China langsam zum wirtschaftlichen Konkurrenten aufgestiegen sei und eine Kürzung der Entwicklungshilfeleistungen demnach nur die logische Konsequenz darstellte. Seither entwickelte sich in Japan ein breiter gesellschaftlicher Konsens, die Entwicklungszusammenarbeit mit China insgesamt abzubauen.

Die Reduzierung der Leistungen an China sind insgesamt jedoch im Kontext mit einer universellen Verringerung des japanischen Entwicklungshilfebudgets seit dem Fiskal-

jahr 2000 zu bewerten, womit Japan aber in erster Linie auf zunehmende eigene Haushaltsengpässe unter den Bedingungen der lang anhaltenden Wirtschaftskrise reagierte. Die japanische Regierung verzichtet seither auf die traditionelle Strategie, Direktinvestitionen japanischer Unternehmen mit der Vergabe von Entwicklungshilfe zu begleiten bzw. abzusichern.

Einige Entwicklungszonen in Chinas Küstenregionen befinden sich heute nicht nur nach Einschätzung der japanischen Regierung bereits auf westlichem Entwicklungsniveau. Daher könne China prinzipiell nicht mehr als Entwicklungsland bezeichnet werden, so die japanische Regierung. Ferner werde die Volksrepublik beispielsweise im Jahre 2008 die Olympischen Sommerspiele ausrichten. Dafür seien riesige Infrastrukturprojekte geplant, die aus dem chinesischen Staatshaushalt finanziert würden. Dies sei ein weiteres Indiz für die immer geringere Notwendigkeit der japanischen Entwicklungszusammenarbeit mit China. China sei inzwischen die siebtgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, und eine weitere Förderung sei demnach kaum mehr zu rechtfertigen. Die japanische Regierung plant daher, pro Jahr rund 30% des Budgets abzubauen. Ab 2008 sollen keine neuen finanziellen Leistungen mehr nach China fließen. Dann werden nur noch solche Projekte weiter finanziert, die bereits angelaufen sind. Darüber hinaus wird technische Hilfe für umweltbezogene Projekte gewährt.

In China ist die Ankündigung der japanischen Regierung erwartungsgemäß zunächst auf Kritik gestoßen. Die informellen Konsultationen zwischen Beijing und Tokyo über eine vollständige Einstellung der Zahlungen seien noch nicht abgeschlossen und der Gang an die Öffentlichkeit voreilig, hieß es aus chinesischen Regierungskreisen. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die ohnehin gespannten Beziehungen weiterhin verschlechtern könnten, wenn der Plan Tokyos unilateral ohne Abstimmung mit der chinesischen Seite in die Tat umgesetzt

würde. Eine vom japanischen Außenministerium verbreitete Zustimmung Chinas zur Beendigung der japanischen Yen-Kredite wurde vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums umgehend dementiert. Wie und wann es zu einem Ende der japanischen Leistungen komme, sei in bilateralen Konsultationen noch zu klären. Von deren Verlauf und Ausgang sei auch abhängig, ob eine Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Verhältnisses vermieden werden kann, so Liu Jianchao. (AERA, 9.10.00; FT, 19.8.00; *Japan Times*, 16.12.00, 30.3.02, 8.3.05; ST, 4.2., 17.3.05; Kyodo News Service, 2.3.05, nach BBC PF, 2.3.05; Kyodo News Service, 17.5.05, nach BBC PF, 17.3.05; *Asahi* online, 3.3.05; *Daily Yomiuri* online, 8.3.05)

7 Spannungen um Diaoyutai

Japan kündigte Anfang Februar an, man ziehe die Förderung von Öl und Gas in den Gewässern der Diaoyu-Inseln (jap. Senkaku) in Betracht und werde entsprechende Erkundungen durchführen. Beobachter gehen davon aus, dies könne ein Zeichen sich verhärtender Fronten im Streit um natürliche Ressourcen zwischen Japan und China sein. Tokyo hat in diesem Zusammenhang jüngst 10 Mrd. Yen (74 Mio. Euro) für den Bau eines eigenen Forschungsschiffes zur dreidimensionalen Vermessung des Meeresgrunds zur Verfügung gestellt, das die Durchführbarkeit der geplanten Förderung prüfen soll. Diese Maßnahme war offensichtlich als Reaktion auf die chinesische Ankündigung erfolgt, die China National Offshore Oil Corporation werde voraussichtlich noch im zweiten Halbjahr 2005 mit der Förderung von Erdgas im Chunxiao Erdgasfeld innerhalb des umstrittenen Seegebiets beginnen. Japan befürchtet, dieser Schritt Chinas könne sowohl zu der einseitigen Ausbeutung von Vorkommen führen, die sich auch auf japanischem Territorium befinden und hat deshalb seinerseits ein Firmenkonsortium damit beauftragt, ebenfalls in der Gegend mit der Exploration zu beginnen.

Andererseits könnte die VR China damit ihren umstrittenen Anspruch auf die unbewohnte Inselgruppe faktisch untermauern. Das vermutete Gas- und Ölfeld befindet sich nur wenige Kilometer von der von Japan unilateral gezogenen und von China nie anerkannten Demarkationslinie zwischen den Seeterritorien beider Staaten. Die japanische Regierung forderte eine Aussetzung jeglicher Explorationsvorhaben in dem Gebiet sowie die Aushändigung aller bisher aufgezeichneter Geodaten, was die chinesische Regierung jedoch erwartungsgemäß unter Hinweis auf eigene territoriale Ansprüche als unakzeptabel ablehnte.

Die Diaoyu-Inseln sind eine Gruppe kleiner unbewohnter Felseilande nordöstlich von Taiwan, in unmittelbarer Nähe der Ryūkyū-Kette, in der Okinawa die größte Insel darstellt. Nicht zuletzt aufgrund vermutterter großer Ölvorkommen ist das Seegebiet zwischen Japan, der VR China und auch Taiwan umstritten. Kurz vor der Rückgabe Okinawas an Japan durch die USA im Mai 1972, mit der auch die Verwaltung der Diaoyu-Inseln an Japan fiel, hatte auch Taiwan im April 1971 seine territorialen Ansprüche erklärt. Die Diskussion um einen Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Japan und China klammerte die Frage um das Seeterritorium aus, Deng Xiaoping strebte eine spätere Lösung des Problems an.

Sowohl die chinesische als auch die japanische Regierung lässt ein tragfähiges und für alle Seiten akzeptables Konzept zur Lösung der Streitfrage vermissen, muss jedoch seit Jahren mit einer zunehmend emotional geführten Debatte zwischen japanischen und chinesischen Nationalisten leben. In der chinesischen Bevölkerung sitzt das Bewusstsein tief, dass dem eigenen Land im Zuge der japanischen Invasion nach 1937 Territorium geraubt wurde. Das chinesische Außenministerium betont unnachgiebig, die Diaoyu-Inseln gehörten schon immer zu China. Dies sei aus der letzten Kaiserdynastie der Qing urkundlich belegt. Nach dem chinesisch-japanischen Krieg von 1895 wurden die In-

seln von Japan besetzt und verwaltet. Im Anschluss an die japanische Kapitulation 1945 übernahmen die USA die Verwaltung der unbewohnten Inseln, bis sie diese 1972 an Japan zurückgaben.

Derzeit sind die Fronten auf beiden Seiten verhärtet. Keine Partei ist zu Zugeständnissen bereit. Zusätzliche Brisanz gewann die Frage, als Japan ebenfalls Anfang Februar bekannt gab, ein ursprünglich von einer Gruppe japanischer Nationalisten auf einem der unbewohnten Eilande der Diaoyu-Inseln errichteter und seither formal im Besitz eines japanischen Fischers befindlicher Leuchtturm sei in den Besitz des japanischen Staates übergegangen. Die japanische Küstenwache, so hieß es weiter in der Verlautbarung, werde zukünftig für die Unterhaltung der Konstruktion zuständig sein. Dieser Schritt zog auf chinesischer Seite sowohl offizielle diplomatische Proteste gegen den unilateralen und somit unwirksamen und illegalen Schritt Japans als auch Proteste chinesischer Nationalisten vor der japanischen Botschaft in Beijing nach sich. Die von einer einvernehmlichen Lösung weit entfernte Problematik der Diaoyu-Inseln kann wohl als deutlicher Hinweis auf den künftig immer bedeutender werdenden Kampf um Rohstoffe zwischen Japan und China interpretiert werden. (*Asahi Shinbun*, 9.3.05; FT, 2.2.05; ST, 21.2.05; Kyodo News Service, 2.2.05, nach BBC PF, 2.2.05; Kyodo News Service, 9.2.05, nach BBC PF, 9.2.05; Kyodo News Service, 15.2.05, nach BBC PF, 15.2.05; Kyodo News Service, 20.2.05, nach BBC PF, 21.2.05; Kyodo News Service, 18.2.05, nach BBC PF, 20.2.05; Kyodo News Service, 20.2.05, nach BBC PF, 21.2.05; Kyodo News Service, 22.2.05, nach BBC PF, 22.2.05; WSJ, 9., 14., 16., 18., 22.2.05; Xinhua, 9.2.05, nach BBC PF, 9.2.05; SCMP, 16.2.05)

8 Normalisierung der Beziehungen zu Singapur

Der Antrittsbesuch des singapurischen Außenministers George Leo in Beijing signalisierte Anfang Februar

die vollständige Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen China und Singapur. Diese waren im Juli des vergangenen Jahres aufgrund eines als inoffiziell deklarierten Besuchs des singapurischen Premierministers Lee Hsien Loong in Taiwan in eine Schlechtwetterperiode eingetreten. Die chinesische Regierung hatte damals den Vorwurf erhoben, der Besuch verletze chinesische Kerninteressen und habe die politische Basis der bilateralen Beziehungen zerstört. In der Folge wurden alle offiziellen Besuche und Austauschprogramme zwischen beiden Staaten eingefroren und die für November 2004 geplanten Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen ausgesetzt.

Mit dem Antrittsbesuch des singapurischen Außenministers bei „den Freunden Singapurs in Ostasien“ – die erste Station der Reise war allerdings Tokyo – wurde nun im 15. Jahr des Bestehens offizieller zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen der VRCh und Singapur die Normalisierung des bilateralen Verhältnisses verkündet. Dies geschah nicht zuletzt durch die Einladung Wen Jiabaos an den singapurischen Premierminister China bald zu besuchen. Vorausgegangen waren inoffizielle Konsultationen am Rande des APEC-Gipfeltreffens, in denen die singapurische Seite offensichtlich Reue gezeigt und ein Fehlverhalten eingestanden hatte. Von Seiten des chinesischen Botschafters in Singapur hieß es in diesem Zusammenhang Ende Februar, die führenden Persönlichkeiten beider Staaten hätten Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch gehabt, was zu einem besseren Verständnis der Situation auf Seiten Singapurs geführt hätte. Die bilateralen Beziehungen erfreuten sich nunmehr wieder völliger Normalität. (ST, 2.2.05, nach BBC PF, 3.2.05; ST 3.2., 21.2., 7.3.05)